

**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -
Association of Antifascists**

Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



Newsletter vom 13.03.2026

Vor 90 Jahren – der Weg in den Zeiten Weltkrieg wurde erkennbar

Kriege haben immer eine Vorgeschichte und sind nur mit dieser zu verstehen. Das ist nicht neu. Dass es aber politisch und diplomatisch notwendig ist, auf solche Anzeichen angemessen zu reagieren, um eine Eskalation und spätere größere Auseinandersetzung zu verhindern, hat die Geschichte mehrfach gezeigt. Daher erinnern wir mit diesem Newsletter an ein Ereignis, das historisch zurecht als Schritt zum Zweiten Weltkrieg bezeichnet wird, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands im März 1936 durch die deutsche Wehrmacht.

Schon vor der Machtübertragung an das NS-Regime im Januar 1933 war für alle Antifaschisten klar: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Die NSDAP hatte in ihrer Propaganda in der Weimarer Republik den Bruch des Versailler Vertrages, der die Nachkriegsordnung regeln sollte, angekündigt. Und tatsächlich ging das Regime mit der gleichen Intensität wie gegen die politische Gegner im Deutschen Reich an die Wiederaufrüstung und Vorbereitung seiner Expansionspläne heran. Das Verlassen des Völkerbunds, jener ersten transnationalen Institution, die nach dem Ersten Weltkrieg als Einrichtung zur Konfliktlösung geschaffen worden war, zeigte, dass das Deutsche Reich nicht mehr bereit war, sich an völkerrechtliche Verträge zu halten. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 verbunden mit dem Aufbau einer Wehrmacht – entgegen den Beschränkungen auf ein 100.000 Mann Heer – sowie die Schaffung einer Luftwaffe, waren weitere sichtbare Zeichen der Militarisierung und Kriegsvorbereitung, die für alle Nachbarstaaten erkennbar waren.

Der Versailler Vertrag untersagte dem Deutschen Reich militärische Befestigungen, auf dem linken Rheinufer und auf dem rechten Ufer westlich einer 50 Kilometer - Linie beizubehalten oder zu errichten. Diese Regelung

diente vor allem dem Sicherheitsbedürfnis von Frankreich und Belgien, die beide im Ersten Weltkrieg überfallen worden waren. Noch im Vertrag von Locarno 1925 bekräftigte die deutsche Regierung diese Festlegung. Das war eine Voraussetzung dafür, dass Frankreich seine Besatzungstruppen bereits Anfang 1930 aus dem Gebiet abzog. Für den Expansionismus der NS-Herrschaft galt diese Regelung jedoch als „Schmach“, weshalb sie – nach dem Erfolg der Saarabstimmung 1935 – und der Aufrüstung im März 1936 daran ging, diese Vereinbarung praktisch zu überwinden. Als publizistischer Vorwand wurde ein französisch-sowjetischer Beistandsvertrag, der Ende Februar 1936 ratifiziert wurde, genommen. Angeblich fühle man sich dadurch „eingekreist“. Nachdem bereits im Februar die logistische Planung abgeschlossen war, rückten am 7. März 1936 drei Bataillone in das Rheinland und die grenznahen Gebiete ein und errichteten Garnisonen in Aachen, Trier und Saarbrücken. Am selben Tag begründete Adolf Hitler vor dem Reichstag den Schritt mit dem französischen Vertragswerk, löste jedoch gleichzeitig den Reichstag auf, um dieser Politik mit einem als Plebiszit bezeichneten Neuwahl eine Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu diesem Schritt zu versichern. Mit der entsprechenden Kombination von Propaganda und Terror erreichte das Regime tatsächlich dieses Votum am 29. März 1936.

Überraschend war die politische Reaktion von Frankreich und Großbritannien. Natürlich verurteilten sie in Erklärungen diesen Bruch völkerrechtlicher Verträge. Aber beide Garantiemächte des Versailler Vertrages verzichteten auch militärische Reaktionen, obwohl in Frankreich mehrere Bataillone in Bereitschaft standen. Selbst die deutsche Reichsregierung befürchtete eine solche Reaktion, die ihre Pläne zum Scheitern gebracht hätten. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Frankreich über dieses Versagen der Regierung und der Generalität eine intensive politische Auseinandersetzung. Denn es war allen klar, dass durch die Passivität Frankreichs und das offene Stillhalten Großbritanniens damit eine der letzten Gelegenheiten verpasst wurde, die Expansionspläne des faschistische Deutschlands, bereits durch entschiedenes Auftreten rechtzeitig zu durchkreuzen. Der damalige tschechische Präsident Miloš Zeman, dessen Land 1938 im Münchener Diktat eines der ersten Opfer des deutschen Expansionismus geworden ist, ging 2015 noch einen Schritt weiter, als er erklärte: „Wenn Frankreich und Großbritannien 1936 gegen die Besetzung des Rheinlandes militärisch eingegriffen hätten, wäre es nie zum Holocaust gekommen.“

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste

Office: Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

Phone: ++49-(0)30-55 57 90 83-4

Internet: www.fir.at; **E-Mail:** office@fir.at,

facebook: www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/

Donations welcome: Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.